

Richterswil, 1. Mai 2008

(Es gilt das gesprochene Wort)

Fairplay

Liebe Parteifreunde, Liebe Genossinnen, Sehr geehrte SP Sympathisanten. Ich danke der SP Bezirk Horgen für die persönliche Einladung und dafür, dass ich heute am Tag der Arbeit und gleichzeitig am Tag der Auffahrt Christi vor Euch stehen darf, um einige Gedanken mit Euch zu teilen.

Richterswil hat eine besondere Bedeutung für mich. Ambra und Noam, meine beiden Kinder sind hier oben im Paracelsus Spital zur Welt gekommen. Meine Frau und ich haben diesen Ort bewusst ausgewählt. Fernab der hektischen Stadt und sprichwörtlich in natürlicher Umgebung. Ich hatte mir nach der Niederkunft unserer beiden Kinder bewusst zwei Wochen frei genommen, um meine Frau im Wochenbett zu unterstützen. Als Selbständigerwerbender konnte im mir dies Auszeit leisten. Andere Bekannte von mir mussten sich einen Vaterschaftsurlaub mit ihrem Arbeitgeber hart erkämpfen. Es gibt zwar vereinzelte grössere Unternehmen, die ihren männlichen Angestellten einen bezahlten Vaterschaftsurlaub gewähren. Diese familienfreundlichen Unternehmen gibt es jedoch selten; und falls doch, dann nur in homöopathischen Dosen. Vom Kanton Zürich weiss ich, dass angestellte Väter ganze drei Tage Anspruch auf einen bezahlten Geburtsurlaube haben. Weitere 4 Wochen dürfen sie zwar einziehen, diese müssen sie aber selbst bezahlen. Ein Vorstoss von SP Nationalrat Roger Nordmann, der eine klare und einheitliche Regelung forderte, wurde vom Bundesrat letztes Jahr barsch vom Tisch gewischt.

Schweden hat die Verzahnung von Familien- und Gleichstellungspolitik schon früh erkannt und bereits vor 34 Jahren den Urlaub für Väter eingeführt. Je mehr die Männer in die häuslichen Pflichten miteingebunden werden, desto eher steigen die Berufschancen der Frauen und Mütter. Es geht weniger darum, traditionelle Wertvorstellungen über den Haufen zu werfen und uns Männer an den Herd zu binden, sondern es geht darum, den Frauen in unserem Lande eine nahezu gleichwertige Chance in ihrer beruflichen Laufbahn zu ermöglichen. Deshalb setzte ich mich für mehr Fairplay in der Familie ein.

Fairplay ist übrigens auch das Thema meiner heutigen Ansprache. Ein nicht sehr origineller Titel - ich weiss. Angesichts der Tatsache, dass in wenigen Wochen die Europameisterschaft steigt, und kurz darauf die Olympiade in Peking, scheint mir der Titel dennoch passend.

Zugegeben, ich bin weder ein angefressener Fussballfan, noch ein fanatischer 10-Kampfsportler. Dies seht ihr mir sicherlich an. Ich habe nichts gegen den Wettkampfsport an und für sich. Die fast schon hysterische Zwangsvermarktung dieser Grossanlässe löst bei mir jedoch allergische Reaktionen aus. Dabei scheint der Sport im Sumpf von Sicherheitsvorkehrungen und massivem Polizeieinsatz regelrecht zu verschwinden. Individuelle Persönlichkeits- und Freiheitsrechte werden dabei empfindlich geritzt. Sei es der Einsatz von Militärdrohnen über den Städten, die Wahl des Bieres oder die Möglichkeit, dass man von einem Deutschen Polizisten in der Schweiz auf offener Strasse niedergeknüppelt wird. Veranstaltungen dieser Grössenordnung verkommen unter dem Deckmantel von Ordnung und Sicherheit zur Glanzparade staatlicher Machtdemonstration.

Die Olympischen Spiele in Peking sind bereits im Vorfeld ein einziges Trauerspiel. Es ist unbestritten, dass dieses Grossereignis eine ideale Plattform bietet, um politische Anliegen an die Öffentlichkeit zu tragen. Wie die Aufstände in Tibet niedergeschlagen und die Redelsführer in einem Showprozess verurteilt wurden, erschüttert mich jedoch zutiefst. Dieses brutale Vorgehen war und ist eine schallende Ohrfeige für die Gerechtigkeit und die Demokratie in unserer Welt. Was hat das noch mit Fairplay zu tun?

Wir leben in einer globalisierten und zunehmend vernetzten Welt. Die reine Fülle an Informationen macht es für uns immer wie schwieriger die Spreu von Weizen zu trennen - wichtige von unwichtigen Informationen auseinander zu halten.

Ich fühle mich ohnmächtig dabei zusehen zu müssen, wie durch die seltsame Verquickung von Freihandel, Spekulationen und Treibstoffherstellung die Preise für Grundnahrungsmittel in weiten Teilen Welt in die Höhe getrieben werden und uns eine humanitäre Katastrophe ungeahnten Ausmasses droht. Gleichzeitig verspekulieren unsere Banken zig Milliarden durch die Vergabe von faulen Krediten. Es macht mich sprachlos, von unserem Nachbarland Österreich erfahren zu müssen, was in einem heimischen Hobbykeller, unbemerkt von Nachbarn, verbochen wird.

Wie kann ich - können wir angesichts dieser erschütternden Informationsflut das Wichtige vom Unwichtigen trennen? Wie und wo kann ich als Bürger dieses Landes eingreifen und aktiv mithelfen, unsere Welt etwas gerechter, etwas fairer mitzugestalten? Und wo soll ich mit diesen Aufgaben beginnen? Ich habe als Beispiel zwei Themen herausgenommen.

Parteienfinanzierung.

Es braucht dringend Regeln für ein faires Spiel der Parteien.

Wir haben die Wahlen 2007 verloren. Daran gibt es nichts schön zu reden. Klar ist, dass wir alle einen Teil an diesem Debakel mitzutragen haben. Jeder einzelne von uns. Mit der Wahl unseres neuen SP Präsidenten Christian Levrat, unseres neuen Kantonalpräsidenten Stefan Feldmann und unserem neuen Fraktionschef im Kantonsrat, Nicolas Galladé wurden die Weichen für die Zukunft unserer Partei gestellt. Es sind alles Männer Mitte 30, die versuchen werden das Steuer herumzureissen und unsere Partei wieder zurück, auf den Pfad des Erfolges zu führen. Davon bin ich überzeugt.

Dennoch trifft uns die Schuld für das schlechte Abschneiden nicht alleine. Wahlen gewinnt man heute nicht mit politischen Inhalten, sondern vor allem mit Marketing und viel Cash. Vor zwei Tagen titelte der Tages-Anzeiger, dass sich die massive Wahlwerbung der SVP im letzten Herbst ausbezahlt hat. Alleine zwischen Juli und Oktober 2007 hat diese Partei mindestens 16 Mio Schweizer Franken für Inserate und Plakate ausgegeben. Rund 13 mal mehr Geld, als das die SP für ihre Kampagne zur Verfügung hatte. Als ich Herrn Ueli Maurer letztes Jahr persönlich fragte, warum er sich gegen die Offenlegung der SVP Spenden wehre, teilte er mir salopp mit, dass es viele Personen und Unternehmen gebe, die lieber nicht öffentlich in Erscheinung treten möchten. Ich schliesse daraus, dass grössere Unternehmen ihre Interessen im dunkeln über eine Partei vertreten lassen. Ist dies nicht eine Blenderei des Stimmvolkes?

Wollen wir in 3 ½ Jahren nicht ein weiteres Wahldebakel erleben, müssen wir dafür sorgen, dass sämtliche Parteien mit gleich langen Spiessen kämpfen. Die Schweiz ist eine der wenigen westeuropäischen Demokratien, die keine Regeln und Gesetze für die Parteienfinanzierung kennt. Auch hier hinken wir anderen zivilisierten Staaten um über 30 Jahre nach. Selbst in den USA führte das Progressive Movement zu Beginn des 20. Jahrhundert zu gesetzlichen Reformen, die den dominierenden Einfluss von Firmen- und Privatgeldern eindämmten und klar regelten. ...

Auf Bundesebene diskutieren wir zwar seit längerer Zeit immer wieder darüber, wie die wachsenden Aufgaben und Ausgaben der nationalen Parteien zu finanzieren seien. Schon Anfang der 80er Jahre ergriff unser alt SP Parteipräsident Helmut Hubacher die Initiative und verlangte vom Bundesrat einen Bericht zur Parteienfinanzierung. Dies führte zu einer Erhöhung der Fraktionsbeiträge. Zu weiteren Massnahmen und Zugeständnissen waren die bürgerlichen Parteien jedoch nicht bereit. In der Frühlingssession diesen

Jahres scheiterte sogar eine Parlamentarische Initiative von Hans-Jürg Fehr, der nur die Rückerstattung von den Parteien erbrachten Leistungen wie Übersetzungskosten, Personalrekrutierung und Weiterbildungen forderte. Das berechnete Anliegen nach mehr Fairness und Transparenz in den Büchern der Parteien wurde von den Bürgerlichen als linke Regulierungswut bekämpft. Dabei haben wir alle das Anrecht auf eine „mehr oder weniger“ ausgeglichene Meinungsbildung. Sei es von links, von der mitte oder von rechts. Wer zahlt befiehlt gibt es nur in Bananenrepubliken und in so einer leben wir nicht. Wir brauchen dringend Regeln für faire Abstimmungen und Wahlkämpfe, ohne die unsere demokratische Rechtsstaatlichkeit noch weiter in Schiefelage gerät.

Und falls sich die anderen Parteien, weiterhin nicht kooperativ zeigen, lancieren wir als SP im Herbst eine Volksinitiative. Und ich bin überzeugt, dass wir diese gewinnen werden.

(Für faire Einbürgerungen - Eine unsinnige Volksinitiative)

Und da wir gerade von Initiativen sprechen, möchte ich das Thema auf eine bevorstehende Abstimmung lenken. Unter dem Titel: „Für demokratische Einbürgerungen“ verbirgt sich eine gefährliche SVP Volksinitiative.

Diese Initiative verlangt die schon heute restriktiv gehandhabte Vergabe des Schweizer Passes erneut massiv zu verschärfen. Dabei sollen nicht nur jegliche Rekursmöglichkeiten bei einem negativen Einbürgerungsentscheid abgeschafft werden, auch die Behörden würden - sollte die Initiative angenommen werden, mehr Spielraum erhalten, um bereits gefällte Positive Einbürgerungsentscheide wieder rückgängig zu machen. Mit dieser Initiative möchte die SVP unter anderem das Bundesgerichtsurteil aus dem Jahre 2003 aushebeln, in welchem unbegründete Einbürgerungsentscheide angefochten werden können.

Dabei haben wir bereits eines des restriktivsten Einbürgerungsgesetze Europas. Seit dem Jahre 2001 haben lediglich 3 % aller hier in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer das Schweizer Bürgerrecht erhalten. Die Hürden sind immens hoch. Einbürgerungswillige werden schon heute praktisch wie gläserne Bewerber behandelt. Nicht nur müssen sie einen tadellosen Leumund besitzen und keine Staatlichen Leistungen beziehen. Ihre Einkünfte und familiären Verhältnisse stehen vielen Personen zur freien Einsicht offen. Bevor die Einbürgerungskompetenz in der Stadt Zürich im April diesen Jahres an den Stadtrat übergeben wurde, erhielt ich als

Gemeinderat mehrmals Jährlich ein dickes Dossier mit detaillierten Informationen über den Gesuchstellenden. Habe ich das Recht so tief in die Privatsphäre einer Person zu schauen?

Wir Schweizer haben ein zwiespältige Verhältnis zu unseren ausländischen Mitbewohnern. Es ist uns recht, wenn sie bei uns arbeiten und ihren Beitrag zum prosperierenden Wachstum unseres Landes Beitragen. Auf der anderen Seite haben wir Mühe, eben diesen Menschen demokratische Bürgerrechte einzuräumen. Die Einbürgerungskompetenz liegt heute bei den rund 2700 Gemeinden. Heute schon gibt unzählig verschiedene Einbürgerungsverfahren.

Eben erst kürzlich unterhielt ich mich mit einem flüchtigen Bekannten über seine Nichteinbürgerung. Er zeigte mir nicht nur den Papierstoss, der sich über die Jahre angehäuft hatte, er berichtete mir auch minutiös über sein angeblich faires Einbürgerungsverfahren in Altstetten im Reintal in dem er seit über 15 Jahre lebt. Auf ein begründeten Ablehnungsentscheid wartet er noch heute. Auch hat er weder Zeit noch Kraft den Rekursweg einzuschlagen. Ich habe ihm geraten den Kanton zu wechseln, sollte er sich innert nützlicher Frist einen Schweizer Pass wollen, auf den er Anspruch hat.

Die SVP Initiative würde nur Willkür statt Fairness schaffen. Sollte die Initiative angenommen werden, wäre das Futter für künftige Wahlkämpfe bereits bestellt. Der Ausländeranteil in den Statistiken würde weiterhin auf hohem Niveau gehalten und die SVP könnte diesen Missstand erneut genüsslich ausschlachten. Dies ist alles andere als fair gegenüber unseren Schweizer Mitbewohner ohne Schweizer Pass. Lehnt diese Initiative ab!

Ich sehe die Schweiz als modernen Staat, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht ist und die individuellen Freiheiten und die Menschenrechte garantiert sind. Auf diese hart erkämpften Werte können wir stolz sein. Jedoch dürfen wir uns darauf nicht ausruhen. Menschenrechte kann man nicht verteidigen, in dem man sie anderen Menschen abspricht oder sie von Teilbereichen unserer Gesellschaft ausschliesst. Wir müssen uns damit anfreunden, dass sich die Welt um uns laufend verändert. Diesem Wandeln sollten wir jedoch nicht tatenlos zusehen. Vielmehr sollten wir die Chance nutzen und sie nach unseren Vorstellungen aktiv mitgestalten. Dies ist meine Aufforderung an Euch und dies ist auch der Grund für mein politisches Engagement. Für eine weltoffene und faire Schweiz.

Danke.